

# Arbeitsstelle

# Rechtsextremismus

Hintergrundpapier 5/2009

## Rechtsextreme Krisendiagnostik

Die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) nutzt die Finanz- und Wirtschaftskrise, um ihre grundsätzliche „Systemkritik“ zu aktualisieren. Damit zielt sie im Vorfeld der Bundestagswahlen am 27. September 2009 auf die Verunsicherung der Wähler/innen hinsichtlich der gesellschaftlichen Folgen der Krise.

In ihrem im Sommer dieses Jahres veröffentlichten Strategiepapier mit dem Titel „Wahlkampfangen 2009“<sup>1</sup> offeriert die NPD im Kampf gegen die Krise ein Konzept wirtschaftlicher Autarkie und der Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes.

### 1. Rechtsextreme Analysen der Krise

Kern der rechtsextremen Analyse der gegenwärtigen Finanzkrise ist eine grundsätzliche Kritik des von der NPD als „liberalkapitalistisch“ bezeichneten Wirtschafts- und Finanzsystems.

Im Zentrum steht dabei die bereits in der Ideologie des Nationalsozialismus vorzufindende Auffassung eines Gegensatzes zwischen *schaffendem* und *raffendem Kapital*. Unter *schaffendem Kapital* wird in rechtsextremen Konzeptionen jene Form von Kapitalakkumulation verstanden, die in der Produktionssphäre generiert wird. Dieser werden hernach Eigenschaften, wie ehrliche und schaffende Arbeit zugeordnet. Der Begriff der Arbeit ist hier insofern von Bedeutung, als dass im rechtsextremen Weltbild nur jenen Menschen eine Existenzberechtigung als Teil der Volksgemeinschaft zuerkannt wird, die im *schaffenden Sinne* tätig sind.

*„Wir schaffen Arbeit durch einen radikalen Umbau des Bankensystems, damit die Kapitalversorgung der Realwirtschaft an die Stelle von Finanzmarktspekulationen tritt.“<sup>2</sup>*

Im Gegensatz zum *schaffenden* steht der Begriff des *raffenden Kapitals*. Hiermit meinen rechtsextreme Autor/innen alle Formen der zinsorientierten Finanzmarktwirtschaft, also die Zirkulationssphäre des Kapitals. Den zwingend unmittelbaren Zusammenhang beider Sphären für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus verneint die NPD.

Der Dualismus von *schaffender* und *raffender* Wertschöpfung wird im wirtschaftspolitischen Leitbild der NPD personalisiert. Die Verantwortung für abstrakte und systemlogische Steuerungsprozesse der kapitalistischen Wirtschaftsform wird angeblich eindeutig identifizierbaren Personen und Gruppen zugeordnet. Der *schaffende Arbeiter* wird idealtypisch dem (assoziativ) *jüdischen Banker* gegenübergestellt. Während Ersterer sein Geld im Schweiß seines Angesichts durch harte Arbeit verdienen müsse, eigne sich

---

<sup>1</sup> Gansel, Jürgen, Arbeitsplätze für Deutsche, in: Deutsche Stimme Nr. 7/2009, S. 6-7.

<sup>2</sup> Ebenda.

Letzterer die Werte fremder, schaffender (produktiver) Arbeit über Finanzspekulationen an den Börsen an.

Bereits die hier verwandten Begriffe weisen eine antisemitische Konnotation in dem Sinne auf, als dass hier Assoziationsketten geschaffen werden, in denen *raffend* mit *jüdisch* und *schaffend* mit *ehrlicher, deutscher Arbeit* begrifflich verknüpft wird.

Die rechtsextreme Kritik am Kapitalismus ist keine strukturelle, sondern eine phänomenologische. Sie personalisiert die abstrakten und anonymen Widersprüche einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der Vorstellung einer kleinen, klar definierbaren Minderheit, die bewusst zum Schaden der Mehrheit handle.

## 2. Historische Kontinuitäten

Die Kritik des Kapitalismus hat in der extremen Rechten eine weit zurückreichende Traditionsgeschichte. Bereits die Verantwortung für die sogenannte Gründerzeitkrise der deutschen Wirtschaft nach 1871 wurde von der aufkommenden völkischen Bewegung in Deutschland den Banken, ihrem Zinssystem und damit den Juden zugeordnet. So wurde der Umbruch in der Entwicklung der Produktivkräfte an der Wende zum 20. Jahrhundert als von einer jüdischen Interessengruppe gezielt gesteuerter Prozess dargestellt. Als Ursache der Krise wurde das Zins- und Kreditsystem der Banken ausgemacht, welche den Niedergang der Manufakturproduktion und den Aufstieg großer Kapitalgesellschaften erst ermöglicht habe.

In der Folge des Ersten Weltkriegs radikalisierten sich die antisemitischen Kampagnen der völkischen Verbände. Offen agitierten diese im Namen der Frontkämpfer, also der imaginierten Volksgemeinschaft der Schützengräben, gegen angeblich jüdische Kriegsprofiteure im Inland.

In dieser Tradition stand das Parteiprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) des Jahres 1928 dort, wo es um die erstrebte Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Großbanken ging. Die NSDAP-Dissidenten Otto und Gregor Strasser vertraten als selbsternannte Sozialisten das Konzept eines Wirtschaftssystems in dem die leistungsgerechte Entlohnung des deutschen, schaffenden Arbeitnehmers durch den deutschen Arbeitgeber im Mittelpunkt steht. Das System einer Kapitalakkumulation durch die Zinswirtschaft der Banken hingegen wird als „jüdisch“ und „raffend“ beschrieben.<sup>3</sup>

Die Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus suchte die antikapitalistische Phraseologie der NS-Bewegungsphase zu integrieren, indem die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit in der formierten, korporatistischen Volksgemeinschaft aufgehoben wurden. Hierzu wurde das Prinzip der Koalitions- und Organisationsfreiheit außer Kraft gesetzt und die Gewerkschaften als parteiische Interessenvertretung verboten.

Diesem Muster folgen die rechtsextremen Lösungsvorschläge für die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise. Die NPD entwirft als „Systemalternative“ einen „nationalen Sozialismus“ als „Volksgemeinschaft“ in dem Interessengegensätze durch eine volksgemeinschaftliche Formierung eingegebenet und danach durch Exklusion von Menschen und Interessen gelöst werden.

---

<sup>3</sup> Feder, Gottfried, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München 1919., S. 6ff. Gottfried Feder (1883-1941) war Autor programmatischer Schriften zum NSDAP-Parteiprogramm, die eine völkisch-antisemitische Kapitalismuskritik formulierten.

### 3. Standortnationalismus und Fremdenfeindlichkeit

Eine zentrale Argumentationsfigur zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist die rigorose Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes gegenüber Migrant/innen und EU Bürger/innen.

*„Zu der offiziellen Zahl von drei Millionen ausländischen Erwerbspersonen kommen noch Millionen eingebürgerte Fremde als Arbeitsplatz-Konkurrenten hinzu. Ausländerrückführung wäre deshalb ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm für hunderttausende Deutsche (...)“<sup>4</sup>*

Dieser radikale Standortnationalismus propagiert, durch die Ausweisung von Migrant/innen, euphemistisch „Rückführung“ genannt, würden für Deutsche, im völkischen Sinne, Millionen Arbeitsplätze frei werden. Hier verbinden sich standortnationalistische Positionen mit rassistischen Gesellschaftskonzepten, die der Vorstellung eines ethnischen reinen Wirtschafts- und Sozialraumes folgen.

Für das Problem der internationalen Arbeitsteilung im Prozess der Kapitalakkumulation hat dieses Konzept keine Antwort. Vielmehr geht es darum, den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer/innen nach dem Prinzip „Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche“<sup>5</sup> zu steuern und zu begrenzen.

### 4. Radikalisierte Mittelstandspolitik

Der Konzeptansatz der „regionalen Kreislaufwirtschaft“ zielt auf eine Auskopplung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarktgeschehen und die Herstellung einer regionalen mittelständischen Wirtschaftsordnung. So soll ein autarker, nationaler Binnenmarkt entstehen in dessen Mittelpunkt die Interessen des handwerklich und kleinindustriell geprägten Mittelstandes stehen. Als dessen vorgeblicher Sachwalter fordert die NPD eine weitgehende Steuerentlastung der regionalen Wirtschaft, was jedoch mit ihren Forderungen nach höheren Ausgaben für die soziale Infrastruktur nicht in Einklang zu bringen ist.

Aus dem internationalen Finanzmarktsystem möchte die NPD ebenso aussteigen, wie aus dem europäischen Währungssystem der Eurozone. An beider Stelle soll eine ausschließlich regionale Wertschöpfungskette treten, die – unter Verkennung der wirtschaftlichen Verflechtungen der Exportnation Bundesrepublik Deutschland – vorgeblich sich selbst zu tragen in der Lage ist.

### 5. Antiliberalismus und Systemopposition

Eng verknüpft mit der rechten Kapitalismuskritik ist der programmatische Antiliberalismus der extremen Rechten. Dieser zielt über eine Kritik des Finanz- und Wirtschaftsystems hinaus auf die Verfasstheit des liberalen Rechtsstaats und die ihn prägende Werteordnung der westlichen Moderne. In Elementen wie Individualismus und Multikulturalismus erkennt die NPD – fest verwurzelt in der Tradition rechtsextremer Kritik an der Moderne – den Verfall deutscher Werte. Die gesamte Verfasstheit des westlich-liberalen Prinzips zersetze die naturgegebene Ordnung der Gesellschaft. In dieser Vorstellung degeneriert der Liberalismus die Grundlagen der Existenz eines Volkes in wirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Hinsicht.

---

<sup>4</sup> Gansel, Jürgen, Arbeitsplätze für Deutsche, in: Deutsche Stimme Nr. 7/2009, S. 6-7.

<sup>5</sup> NPD-Bundesvorstand (Hrsg.), Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche. Nationale Antworten auf die Wirtschaftskrise, Nationaldemokratische Partei Deutschlands, Berlin 2009.

Die Verwendung des Adjektivs „liberalkapitalistisch“<sup>6</sup> induziert die Existenz eines sogenannten Dritten Weges zwischen Liberalismus/Kapitalismus und Marxismus. Die liberalen Prinzipien des Rechtsstaats und der Menschenrechte taugen nach Maßgabe der NPD und anderer extrem rechter Akteur/innen zur Bewältigung von existenziellen Krisen nicht. Krisen erfordern in dieser Lesart gesellschaftliche Strukturen, in denen dem Recht des Stärkeren oberste politische Priorität eingeräumt wird, um der Fortexistenz der Gemeinschaft, der Rasse etc. Vorrang vor den Rechten des Individuums zu geben. Die Umsetzung dieses Prinzips will die NPD dem Staat zuweisen. Im Sinne Carl Schmitts fungiert der Staat hier als Machtinstrument zur Durchsetzung der Interessen der Gemeinschaft vor denen des Individuums.

Im Kern erblicken extrem rechte Gesellschaftsanalysen im Liberalismus eine allumfassende, widernatürliche Dekadenz, die letztlich zum Untergang aller liberalen Ordnungen führen müsse.

## 6. Politischer Resonanzraum

Die NPD spekuliert mit ihren Politikangeboten zur Deutung der Wirtschafts- und Finanzkrise auf einen sich entwickelnden politischen Resonanzraum, der entstehen soll, wo soziale Ängste bei denen Platz greifen, deren Arbeitsplätze bedroht sind und die sich von den Krisenlösungskonzepten der demokratischen Parteien nicht vertreten sehen. Dabei hat die NPD für die Bundesrepublik durchaus jene nationalistischen Stimmungen im Blick, die unterstützt von der British National Party (BNP) zu Beginn des Jahres 2009 in Großbritannien zu Streiks unter dem Motto „British Work for British Worker“ führten.<sup>7</sup>

Angesichts der ökonomischen Krise und der gesellschaftlichen Debatte um mögliche Lösungen werden von der NPD nahezu apokalyptische Szenarien entworfen, von denen sich die Partei politischen Profit verspricht.

*„(...)In den nächsten Monaten wird die Wirtschaftskrise brutal in Sachsen-Anhalt aufschlagen. Wir werden erleben, wie gutbürgerliche Familien existenziell vernichtet werden. Wir werden Armut und Hunger erleben. Für den, der Augen und Ohren hat, steht all das heute bereits in jeder Zeitung, all das wird stündlich in den Medien berichtet (...)“<sup>8</sup>*

Die rechtsextremen Krisendiagnostiker wollen einen Automatismus Glauben machen, nach dem sie in dem Maße neue Anhänger/innen und Wähler/innen gewinnen, in dem die Finanzkrise ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zeigt. Dieser Automatismus existiert jedoch nicht. Um ihn in Gang zu setzen, braucht es eine Deckungsgleichheit zwischen dem programmatischen Angebot der NPD und der in der Bevölkerung anzutreffenden Interpretation der Krise und ihrer Lösung. Die Argumentation der NPD kann nur in einem Klima nationalistischer Standortkonkurrenz auf fruchtbaren Boden fallen. Dies zu verhindern ist die Aufgabe der Demokratie und der in ihr handelnden demokratischen Akteur/innen. Daher bleibt abzuwarten, ob die Partei tatsächlich nachhaltig von der sich verstärkenden Repräsentationskrise der Demokratie profitieren kann.

---

<sup>6</sup> Mit Begriff „liberalkapitalistisch“ bezeichnet die NPD das ökonomische System des Finanzmarktkapitalismus.

<sup>7</sup> Thousands may strike over 'British jobs' dispute, [www.guardian.co.uk/politics/2009/feb/02/british-jobs-foreign-workers-strike](http://www.guardian.co.uk/politics/2009/feb/02/british-jobs-foreign-workers-strike), am 30. Juli 2009 sowie BNP Supports Wildcat Strike at Coryton Refinery in Essex, <http://bnp.org.uk/2009/02/bnp-supports-wildcat-strike-at-coryton-refinery-in-essex/>, am 30. Juli 2009.

<sup>8</sup> NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Zur Wahl, [www.npd-sa.de/landesverband/2479-zur-wahl-alle-hoffen-auf-hitler.html](http://www.npd-sa.de/landesverband/2479-zur-wahl-alle-hoffen-auf-hitler.html), am 8. Juni 2009.

## **7. Weiterführende Literatur**

DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Trittbrettfahrer der sozialen Frage. Sozialdemagogie von NPD und Neonazis, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin 2007.

Feder, Gottfried, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München 1919.

([http://ia340921.us.archive.org/0/items/DasManifestzurBrechungderZinsknechtschaftdesGeldes/Feder\\_Gottfried\\_\\_Das\\_Manifest\\_zur\\_Brechung\\_der\\_Zinsknechtschaft\\_des\\_Geldes\\_1919\\_62\\_S..pdf](http://ia340921.us.archive.org/0/items/DasManifestzurBrechungderZinsknechtschaftdesGeldes/Feder_Gottfried__Das_Manifest_zur_Brechung_der_Zinsknechtschaft_des_Geldes_1919_62_S..pdf))

Kissenkoetter, Udo, Gregor Strasser und die NSDAP, 1. Auflage, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1978.

## Zu den Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus

Die Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. erscheinen in loser Folge. Sie decken aktuelle Themen und Begrifflichkeiten des modernen Rechtsextremismus ab.

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus ist ein Teilprojekt des Vereins Miteinander e. V. Durch die Arbeitsstelle werden Informationen zum Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus für die interessierte Öffentlichkeit und die Beratungsarbeit des Vereins aufbereitet.

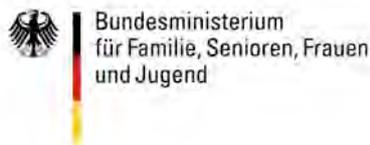
Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur/innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend-)Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen sowie der Opferhilfe.

Autor: David Begrich  
Redaktion: Torsten Hahnel, Sebastian Striegel  
Redaktionsschluss: 19.08.2009

Miteinander e. V.  
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Magdeburg  
David Begrich  
Erich-Weinert-Straße 30  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391-6207759  
begrich.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.  
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Halle  
Torsten Hahnel  
Platanenstraße 9  
06114 Halle (Saale)  
Tel.: 0345-2266456  
hahnel.rzs@miteinander-ev.de



*Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie. Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ und mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.*